

LEBEN IM VERBORGENEN

MENSCHEN OHNE PASS UND PAPIERE IN DEUTSCHLAND

Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann

Sie kommen aus der ganzen Welt: Aus Peru, aus der Mongolei, aus Ghana oder Syrien. Sie kommen aus armen Ländern in das reiche Deutschland. Einige wollen hier arbeiten, um den Unterhalt für ihre Familien in der Heimat zu verdienen. Andere sind als Au-Pair gekommen und möchten nicht gleich wieder in ihre Heimatländer zurückgehen, weil sie sich verliebt haben oder studieren wollen. Wieder anderen wurde der Antrag auf Asyl abgelehnt, aber sie haben trotzdem Angst in das Land, aus dem sie einst geflohen sind, zurückzukehren. Andere suchen in Deutschland nach Glück und einem besseren Leben.

Alle europäischen Staaten heißen diese Einwanderer nicht willkommen. Sie sehen sie als ungebetene Gäste, die sie schnell wieder loswerden wollen. Deutschland ist das einzige EU-Land, das diese Menschen sogar strafrechtlich verfolgt. Die Seniorin Alina und die Mutter der kleinen Francisca, die mit dreizehn weiteren Menschen in der Ausstellung porträtiert werden, gelten als Straftäterinnen. Bedienstete der Krankenhausverwaltungen, der Jugend- und Einwohnermeldeämter sowie Standesbeamten und Schulleiter sind verpflichtet, Menschen wie Alina und Franciscas Mutter bei den Ausländerbehörden zu melden.

Aus diesem Grund wird das Kind Francisca später weder einen Kindergarten noch eine Schule besuchen können. Ihre Mutter darf keine legale Berufstätigkeit aufnehmen und kann keine staatlichen Hilfen in Anspruch nehmen. Deswegen hat sich Alina, die kirgisische Großmutter, auch nie krankenversichern können. Sie muss ihre Krebsmedikamente selbst kaufen und ihre Operation bezahlen, will sie nicht in Gefahr geraten, als unerlaubte Einwanderin entdeckt zu werden.

In der Ausstellung »Leben im Verborgenen« erzählen Frauen und Männer, alte und junge Menschen, von ihren



Sorgen und Nöten im Alltag. Wie sie für einen Euro in der Stunde sieben Tage in der Woche arbeiten und sich auch dann nicht beschweren, wenn sie um ihren Lohn betrogen werden. Die Ausstellung schildert, warum sich Frauen scheuen, Männer anzuzeigen, die sie geschlagen haben oder zu sexuellen Handlungen nötigten. Wieso Kranke sich nicht trauen zum Arzt zu gehen und Mütter ihre Kinder nicht zur Schule schicken.

Kirchen, Diakonie und zivilgesellschaftliche Initiativen wie das Ökumenische Netzwerk Asyl in der Kirche machen seit Jahren auf diese Probleme und Missstände aufmerksam. Sie treten dafür ein, Menschen ohne Aufenthaltsrechte ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Sie wollen Menschen in Not helfen und riskieren Strafen. Denn wer Menschen, die sich ohne behördliche Erlaubnis in Deutschland aufhalten, ein Bett zum Schlafen beschafft,

mit Kleidung oder Lebensmitteln versorgt, einen Platz im Kindergarten oder Schule organisiert, macht sich strafbar. Dies ist nach dem Verständnis von Kirche und Diakonie ein unhaltbarer Zustand. Menschen in Not muss geholfen werden können. Für uns als Christinnen und Christen gibt es keine illegalen Menschen, sondern lediglich Menschen ohne die notwendigen Aufenthaltspapiere. Jeder Mensch ist gleichermaßen Ebenbild Gottes, es gibt keine Menschen erster und zweiter Klasse. Maßgabe für uns ist das Wort Jesu: »Selig sind die Barmherzigen, denn sie werden Barmherzigkeit erlangen.« Zudem geht es nicht nur um Barmherzigkeit, es geht um Gerechtigkeit. Und so halten wir uns an die Verheißung: »Selig sind, die da hungert nach der Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden.«

Deshalb sind die Kirchen auch auf politischer Ebene aktiv, um rechtliche Änderungen zu erreichen. Wir spre-



chen mit Ministern des Bundes und der Länder, mit Landtags- und Bundestagsabgeordneten und Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung. Unser Ziel: Grundrechte auf ein Leben in Freiheit und Würde sowie soziale Rechte auf Bildung, Gesundheit und gerechte Arbeitsbedingungen für Menschen ohne Aufenthaltsrechte zu garantieren. Doch von Seiten der politisch Verantwortlichen kommt oft nur die Antwort: Illegale Einwanderer könnten schon jetzt medizinische Versorgung erhalten. Sie

könnten ihre Rechte auch vor Gericht einklagen. Dies ist richtig, gilt aber meist nur dann, wenn die Betroffenen ihre persönlichen Daten angeben, das heißt, wenn sie sich als unerlaubte Einwanderer zu erkennen geben. In der Realität bedeutet das: Wer sich in einem öffentlichen Krankenhaus offiziell behandeln lässt, wird danach höchstwahrscheinlich abgeschoben. Und wer vor dem Arbeitsgericht klagt, nimmt in Kauf, nach oder schon während des Verfahrens ausgewiesen zu werden. Das heißt, die Betroffenen haben Rechte, sie können sie aber nicht wahrnehmen, ohne ihre Existenz in Deutschland zu gefährden.

Schon immer versuchen Staaten, die Einwanderung zu reglementieren. Hier in Deutschland wird unterschieden zwischen erwünschten und unerwünschten Migrantinnen und Migranten. Doch auch im Zeitalter der Globalisierung verweigern sich die Menschen dieser Einteilung. Sie kommen trotz der Verbote und Reglementierungen nach Deutschland und leben hier – manche seit Jahrzehnten. Sie sind Botschafter des weltweiten Unrechts und Opfer der Globalisierung. Bis zu einer Million Menschen sollen es mittlerweile in unserem Land sein. Sie wohnen und sie

arbeiten hier. Sie verlieben sich und bekommen Kinder. Sie werden in Deutschland alt und auch krank.

In der Ausstellung bekommen diese Menschen erstmals eine Stimme. Die Besucherinnen und Besucher können deren Lebensgeschichten nicht nur nachlesen, sondern auch akustisch den Erzählungen lauschen. Sie können so einen Einblick bekommen in die Lebenswirklichkeiten, die den meisten von uns normalerweise verborgen bleiben. Um die Anonymität zu wahren, sind die Namen geändert.

■ Auszug aus dem Vorwort der Broschüre »Leben im Verborgenen. Menschen ohne Pass und Papiere in Deutschland« von Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann, Ev.-luth. Landeskirche Hannovers.

■ Die Ausstellung kann bezogen werden über die Arbeitsstelle Islam und Migration im Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers
Archivstr. 3, 30169 Hannover
Ansprechpartnerin: Barbara Janocha
Tel.: 0511 / 12 41-127 oder -452
janocha@kirchliche-dienste.de
www.leben-im-verborgenen.de

■ Mit dieser Handreichung wollen das Diakonische Werk und die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau das Engagement von Haupt- und Ehrenamtlichen für Menschen ohne Aufenthaltspapiere im Bereich von Kirche und Diakonie stärken und sie ermutigen, sich den komplexen Fragen und Anliegen von Statuslosen zu stellen.

Neben allgemeinen Informationen zur Situation von Menschen ohne Aufenthaltspapieren und der Beantwortung von rechtlichen Fragen, werden auch Empfehlungen ausgesprochen und Lösungen vorgeschlagen, um die Situation von Statuslosen zu verbessern. Gemeinden und Einrichtungen in Diakonie und Kirche sind aufgerufen zu prüfen, wie sie in ihrem Bereich für Menschen ohne Aufenthaltspapiere eintreten können.

■ Herausgeber:

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
Paulusplatz 1, 64285 Darmstadt und

Diakonisches Werk in Hessen und Nassau
Ederstraße 12, 60486 Frankfurt am Main

■ Unter: www.diakonie-hessen-nassau.de steht die Broschüre als Download bereit.

